

Für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit

Vorbemerkung

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen wie auch Verhaltensweisen haben in weiten Teilen der europäischen, bundesdeutschen und sächsischen Gesellschaft an Raum gewonnen. In diesem Raum bewegt sich auch die Soziale Arbeit. Zu glauben, die Profession Soziale Arbeit sowie die in ihr tätigen, lehrenden und studierenden Menschen stünden hier gewissermaßen „über den Dingen“, wäre eine gefährliche Illusion. Ebenso ist die Hochschule Mittweida mit ihrer Fakultät Soziale Arbeit in dieser Angelegenheit sowohl gefragt als auch betroffen. Wissenschaft, Forschung und Lehre stehen in einer besonderen gesellschaftlichen Verantwortung. Aus diesem Grund beschließt der Fakultätsrat Soziale Arbeit das folgende Positionspapier, welches nicht als Abschluss, sondern als ein Anstoß zur Diskussion und zur weiteren Auseinandersetzung um Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession zu verstehen ist.

Positionspapier der Fakultät Soziale Arbeit

(Einstimmiger Beschluss des Fakultätsrats vom 18. Januar 2017)

Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 beginnt mit dem Satz: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Diese und die anderen Bestimmungen der Menschenrechtserklärung werden von bestimmten politischen Strömungen, Bewegungen und Personen in Staat und Gesellschaft ganz oder teilweise bekämpft. Antidemokratische, diskriminierende, menschenfeindliche, rassistische und xenophobe Haltungen werden gegenwärtig in der Gesellschaft stärker, auch in den Zusammenhängen der Fakultät Soziale Arbeit an der Hochschule Mittweida in der Mitte Sachsens.

Soziale Arbeit versteht sich als Menschenrechtsprofession. Sie ist daher aufgefordert, einzutreten für die Gleichheit aller Menschen, die Unantastbarkeit ihrer Würde, ihre Freiheit, ihre gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit, unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Sprache und Zugehörigkeit. Damit ist ein hoher Maßstab an die theoretische Auseinandersetzung, das fachliche Handeln und die wissenschaftliche Entwicklung der Sozialen Arbeit angelegt. Wenn die gesellschaftliche Realität und die eigene berufliche Praxis diesen Ansprüchen widersprechen, dann muss Soziale Arbeit sich kritisch damit auseinandersetzen und neue Wege suchen, um nachhaltig für eine demokratische, soziale und menschenwürdige Gesellschaft zu streiten. Aus dieser grundsätzlichen Haltung ergeben sich stetige fachliche und theoretische Herausforderungen.

Die Fakultät Soziale Arbeit erklärt daher:

- Aufgabe der Fakultät ist es, Sozial Arbeitende heranzubilden, die theoretisch fundiert fachlich befähigt sind, auf dem Boden von Demokratie, Menschenrechten und den Grundsätzen der Profession, wie sie im Internationalen Ethikcodex der Sozialen Arbeit festgelegt sind, zu denken und zu handeln.
- Dies zu diskutieren ist sowohl Querschnittsaufgabe in allen Modulen und Lehrveranstaltungen als auch Thema einzelner Seminare und Unterrichtseinheiten.
- Notwendig sind nicht Ausgrenzung und Repression sondern gemeinsames Lernen und erfolgreiche Bildungsprozesse auf der Basis von Anerkennung und Gewaltfreiheit.
- Wo Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung aufkommt ist es notwendig, sich aktiv damit auseinanderzusetzen und entsprechenden Haltungen und Äußerungen entgegenzutreten.
- Notwendig ist nicht das Be- und Verschweigen diskriminierender Äußerungen und Haltungen in Studium und Praxis, sondern die offene Auseinandersetzung darüber mit dem Ziel der demokratischen Meinungsbildung. Notwendig ist der Abbau von bestehenden Vorurteilen und Zuschreibungen.
- Die Fakultät Soziale Arbeit lehnt jede Form der Zusammenarbeit mit populistischen, rechtsextremistischen, fundamentalistischen und menschenfeindlichen Organisationen und Personen ab.
- Die Fakultät arbeitet mit solchen Partnern zusammen, welche selbst auf dem Boden von Demokratie und Menschenrechten stehen, und sie achtet darauf, dass dies in der Zusammenarbeit thematisiert wird.
- Die Fakultät setzt sich zum Ziel, solche Gruppierungen, Initiativen, Träger und Partner zu unterstützen, welche sich der Stärkung von menschenrechtlichen Positionen, der Hilfe für gesellschaftlich Ausgegrenzte und Opfer von Gewalt und Diskriminierung sowie der demokratischen politischen Bildung aktiv annehmen („third mission“).
- Die Fakultät Soziale Arbeit erklärt ihre Bereitschaft zur Offenheit für alle, unabhängig von Zuschreibungen und Gruppenzugehörigkeiten. Entscheidend ist der Wille, in einer demokratischen und sozialen Gesellschaft friedlich und gleichberechtigt zusammen zu leben.
- Die Fakultät kommuniziert ihre Haltung an der Hochschule und in der Öffentlichkeit. Sie ermutigt andere, ebenfalls Position zu beziehen.